

SIEGESZUG EINER IDEE

Essay Für die Entstehung der modernen Demokratie waren Revolutionen und Barrikadenkämpfer zwar wichtig. Aber ohne die Erfindung der Nation, viel Geld und mutige Frauen hätte sich diese epochale Staatsform nie durchgesetzt. *Von Hedwig Richter*

Wie kamen eigentlich die Revolutionäre am Ende des 18. Jahrhunderts auf diese verrückte, revolutionäre, herrliche Idee der Gleichheit? Und zwar der Gleichheit für alle, nicht für einige wenige, wie man es aus der antiken Demokratie oder den europäischen Stadtrepubliken von Hamburg bis Venedig kannte.

Es war auch nicht mehr eine Gleichheit im Jenseits oder vor Gott oder einsam im Kopf von Sektierern und wilden Denkerinnen, im Herz von aufständischen Bauern und Bäuerinnen, keine Gleichheitsidee, die in Blut und Dreck und im Alltag verreckte – es war die Gleichheit im Hier und Jetzt, in der Politik und mit dem Fortschritt.

»Die Menschen sind und bleiben von Geburt frei und gleich an Rechten«, behauptete während der Französischen Revolution die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte im August 1789 vor den Augen der Welt. Diese war erschüttert, und viele waren begeistert.

»Solange die Sonne am Firmamente steht, war das nicht gesehen worden«, erklärte der preußische Staatsphilosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel. Diese Revolution sei »ein herrlicher Sonnenaufgang«.

Gleichheit ist der Kern der modernen Demokratie. Sie ist auch die Grundlage der Freiheit – denn Freiheiten gab es schon immer, aber eben immer nur für ausgewählte Personen und Gruppen. Universelle Gleichheit und Freiheit – eine grandiose Utopie.

Dabei war die Idee der Universalität durchaus toxisch, denn sie gehörte den weißen Männern. Das »homme« in den »droits de l'homme« übersetzten die Zeitgenossen selbstverständlich als Männer, nicht als Menschenrecht. Frauen hatten keine Berufs- oder Versammlungsfreiheit, durften weiterhin geprügelt werden und besaßen nur sehr eingeschränkte Besitzrechte. Noch schlimmer sah es mit den leibeigenen Sklaven aus und ähnlich schlimm mit großen Teilen der Landbevölkerung, die in den meisten westlichen Ländern erst im Laufe des 19. Jahrhunderts in der universellen Gleichheit mitgedacht wurden.

Eigentlich sprach im 18. Jahrhundert wenig für die Gleichheit. Offensichtlicher Weise waren Menschen ungleich: Die Armen wurden regelmäßig von Hungersnöten heimgesucht, die Reichen und Mächtigen besaßen ihren Status qua Geburt, soziale Mobilität gab es kaum, Standes- und religiöse Hierarchien durchzogen das Recht und bestimmten über die Kleidung, die Nahrung, den Glauben, das ganze Leben der Menschen. Woher also hatten die revolutionären Männer die Inspiration zur Gleichheit? Es waren nicht zuletzt die Ideen, die in Europa in der Luft lagen. Naturrechtslehre und Aufklärung, Gelehrte von Samuel von Pufendorf, David Hume und Jean-Jacques Rousseau bis Gotthold Ephraim Lessing und Immanuel Kant ließen die Selbstverständlichkeit der Ungleichheit bereits vor der Französischen Revolution ins Wanken geraten.

Doch eine anfangs philosophische Idee wie Gleichheit, die am Ende Bevölkerungen entfachen und Staaten neu konfigurieren sollte, ließ sich nicht allein mit Abstraktionen und gelehrten Ideen durchsetzen. Sie bedurfte der Gefühle. Der französische Aufklärer Diderot erklärte 1755, das für den Gleichheitsgedanken zentrale Naturrecht, das jedem



Hedwig Richter, 52, lehrt als Historikerin an der Universität der Bundeswehr München. Sie ist Autorin des preisgekrönten Buchs »Demokratie. Eine deutsche Affäre« (C. H. Beck).



Märzrevolution in Berlin 1848 (Kreidelithografie): Kampf um politische Rechte

Menschen universelle, unveränderliche Rechte zugestand, werde von allen als ein »sentiment intérieur« geteilt.

Philosophie und Geschichtsschreibung haben immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig die Kunst war, um Gefühle der Gleichheit zu wecken. Die Philosophin Martha Nussbaum etwa hat nachgezeichnet, welchen Einfluss Mozarts Opern hatten, um in der Bevölkerung liberale Vorstellungen von Menschenwürde zu wecken. Und anhand der breiten Rezeption von Romanen im 18. Jahrhundert analysiert die Historikerin Lynn Hunt, wie Menschen es lernten, Fremde als Gleiche anzuerkennen.

Damit die universale Gleichheit »self-evident« wurde, wie es in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung 1776 hieß, musste sie aber auch am Körper wahrgenommen, sie musste inkorporiert werden, sich über einen längeren Zeitraum etablieren. Und dazu brauchte es ein besseres Leben für die Massen. Die Ressourcen dafür – und damit auch die Ressourcen für die Demokratisierung – stellte die Industrialisierung zur Verfügung. Am Ende des 19. Jahrhunderts ging es den Menschen wesentlich besser als 100 Jahre zuvor, die Reallöhne auch der Ärmsten stiegen an, die Arbeitsstunden sanken, die Kleidung und die Wohnungen wurden besser, die Nahrung reichhaltiger. Erstmals gab es Gesellschaften, die fast komplett alphabetisiert waren.

All das war entscheidend, um sich die Gleichheit für alle denken zu können. Eine Demokratie muss sich für die Menschen lohnen, ihr Wohlbefinden steigern, sie kommt nicht ohne ein Mindestmaß an materieller Gleichheit aus. Auch deswegen brauchen Demokratien den Sozialstaat.

Die Gleichheitsidee war nicht neu, aber im 19. Jahrhundert erhielt sie eine ungeheure Dynamik, und das lag wesentlich an der Wachstumskraft des Kapitalismus.

Aber ist Demokratie nicht immer das Ergebnis von Revolutionen, heißt von unten erkämpft? Gewiss, Revolutionen sind wichtig. Tatsächlich aber waren immer wieder die Ideen und Utopien aufgeklärter, gebildeter Eliten entscheidend. »Das Gebäude des Ancien Régime«, so der Rechtshistoriker Michael Stolleis, »ist erst in Gedanken erschüttert und dann in der Realität zerstört beziehungsweise reformistisch verändert worden.«

Das Parlament wurde nicht von unten erkämpft, sondern war eine hochelitäre Einrichtung und wurde zusammen mit einem breiteren Wahlrecht fast überall mit einigem Nachdruck von oben eingeführt. Entsprechend gering war zunächst die Wahlbeteiligung, oft weit unter 50 oder wie in den USA unter 30 Prozent. Auch Verfassungen wurden oft nicht vom Volk, sondern von den Mächtigen eingeführt – häufig auf Druck gebildeter Bürger. Verfassungen sicherten den Bürgern und später auch den Bürgerinnen Freiheiten zu und hielten den Staat in Schranken.

Das Traurige an gewalttätigen Revolutionen ist ja auch, dass sie im Gegensatz zu friedlichen Transformationen so gut wie nie eine stabile Demokratie hervorbringen. Für das 20. Jahrhundert hat das die politikwissenschaftliche Forschung vielfach nachgewiesen. Die Französische Revolution endete in einer aggressiven Militärdiktatur und trug damit wesentlich zur europaweiten Restaurationszeit bei. Nach der Niederlage Napoleons etablierten sich im Zuge des Wiener Kongresses 1815 erneut konservative Monarchien.

Gegen diese rückwärtsgewandten Mächte kämpften bürgerliche Kräfte 1848 europaweit. Doch die revolutionären Aufstände scheiterten – nicht nur in Deutschland.

Trotzdem waren Revolutionen wichtig. Nach der Französischen Revolution, das war jedem halbwegs vernünftigen Menschen klar – auch den Männern auf dem Wiener Kon-

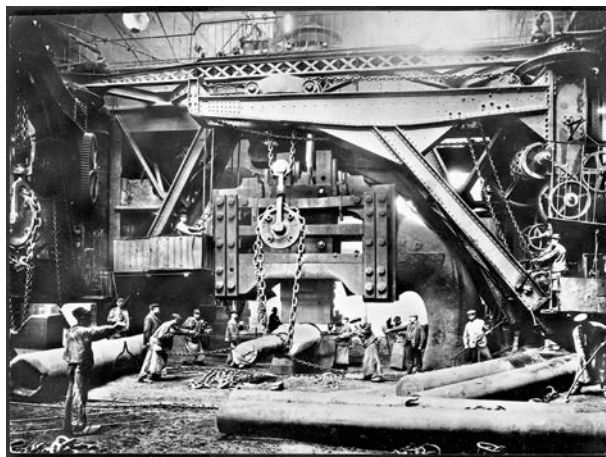
gress von 1815 –, konnte die Welt nicht mehr zurückgedreht werden. Seither breitete sich die Vorstellung aus, dass Herrschaft irgendwie auch die Legitimation des »Volkes« brauchte – ein wichtiger Pfeiler des Gleichheitsgedankens. Und 1848 brachte immerhin auch in den meisten repressiven deutschen Staaten eine Verfassung.

So wichtig Revolutionen also waren, ohne progressive Eliten, fortschrittsgläubige Reformen und die Industrialisierung hätten die Gleichheitsutopien der Revolutionäre wie alle anderen zuvor wenig Chancen gehabt, die Gesellschaften umzuformen und das Leben der Menschen auf den Kopf zu stellen.

Für das Gefühl der Gleichheit wurde zudem eine der erfolgreichsten modernen Ideen entscheidend: die Nation. Zunächst bekämpft von Konservativen wie dem einflussreichen Diplomaten Metternich, dem Gegenspieler Napoleons, weil sie gegen alles stand, was ihnen heilig war: Legitimation durch Gott, Ständeordnung, Adels- und sonstige Privilegientherrschaft, Fürstentum, die Masse als Untertan.

Die Nation war, wie es der Historiker Dieter Langewiesche ausdrückt, ein »Gleichheitsvehikel«. Vor der Nation war jeder Bürger gleich, sehr viel später auch jede Bürgerin: Der Industrielle sah sich ebenso als stolzer Italiener wie der Tagelöhner – oder eben als Deutscher oder Pole oder Franzose.

»Die Demokratie ging aus dem Gedanken der Nation hervor. Beide sind von Natur aus miteinander verflochten, und keine lässt sich ohne die andere begreifen«, bringt es die Historikerin Liah Greenfield auf den Punkt. »Der Nationalis-



Krupp-Arbeiter in Essen 1861: Macht der Massen

mus war die Erscheinungsform, in der die Demokratie in der Welt sichtbar wurde.«

Die Gleichheitsidee breitete sich keineswegs universell aus, wer hätte sie auch auf der ganzen Erde installieren sollen? Doch in Europa und Amerika war die Nation in gewisser Weise die Versöhnung dieser revolutionären Idee mit der Realität. Im nationalen Rahmen sorgten Verfassung und Rechtsstaat für politische Gleichheit.

Nicht zuletzt der Nationalgedanke machte Freiheit und Gleichheit auch immer mehr

zum Anliegen des Volkes. 1848 verbanden sich in Europa Freiheitsrechte in allen Schichten mit einem nationalen Aufbruch. Und in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg kulminierten nicht zufälligerweise Demokratisierungsprozesse mit einem wachsenden Nationalismus – und mit Kolonialismus und Rassismus und Antisemitismus.

Die Überhöhung der eigenen Nation führte immer häufiger zur aggressiven und hasserfüllten Ausgrenzung jener, die nicht Teil von ihr waren. In den USA erreichte um 1900 das Lynching einen Höhepunkt, die Schwarzen wurden wieder fast vollständig politisch entrechtet, in Deutschland, Osteuropa und Frankreich stieg der Antisemitismus, es war das Zeitalter des Imperialismus, und der Nationalismus entfaltete immer tödlichere Qualitäten.

Gleichzeitig gab es in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg eine boomende Industrie, mit wachsendem Lebensstandard für alle und einem Ende der Hungersnöte. In den Industriezentren konzentrierten sich die Arbeiter. Sie organisierten sich und übten an den Maschinen und in den Bergwerken mit Streiks und Mut die Macht der Massen aus.

Der spektakuläre Aufstieg der Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts trieb die Demokratisierung wesentlich voran. Diese Bewegung kam zwar nirgendwo vor dem Ersten Weltkrieg an die Macht, im restriktiven England blieben Arbeiter sogar weithin vom Wahlrecht ausgeschlossen. Aber sie machte den Kampf um politische Rechte zum Kampf der Massen. Die Arbeiter und zunehmend auch die Arbeiterinnen setzten die Mächtigen gewaltig unter Druck – und errangen in langwierigen Reformen immer mehr Rechte. Vieles spricht dafür, sie als die wichtigste Bewegung der Zeit zu verstehen.

Die Konzentration vieler Erzählungen der Demokratiegeschichte auf die revolutionäre Herrlichkeit hat wesentliche Momente der Demokratisierung übersehen. So etwa die Zeit um 1870, als in vielen Ländern Verfassungen eingeführt oder modernisiert wurden, als viele Nationen das Wahlrecht erweiterten. Kurz vor den USA wurde in Deutschland das »allgemeine Wahlrecht« eingeführt, wie im Deutschen das »suffrage universel« hieß – nach wie vor selbstverständlich nur für Männer.

SCHNELLES WISSEN Wie funktionierte die Agora?

Die Agora war das Herz der frühen griechischen Stadtstaaten. Im achten Jahrhundert v. Chr. begannen die Griechen, freie Flächen in der Mitte ihrer Siedlungen offenzuhalten. Steine im Boden markierten die Grenze. Bisweilen maßen diese Plätze 100 mal 100 Meter. Diese Orte gelten als Wiege der Demokratie in der Antike. Auf der Agora wurde bisweilen heftig diskutiert; doch hier lernten die alten Griechen, Konflikte mit Worten und nicht mit Waffen auszutragen. Ein Leben ohne Agora? Für die Menschen im antiken Griechenland eine absonderliche Vorstellung. Der Dichter Homer beschrieb etwa in seiner »Odyssee« das chaotische Leben der Zyklopen, die keine öffentlichen Versammlungen kannten.

Frankreich wurde 1870 erstmals zu einer stabilen Republik, die über eine chaotische Anfangszeit hinaus existierte. Noch vor dem ersten Weltkrieg galt in den Ländern des globalen Nordens eine Nation als »zivilisiert«, wenn sie ein mächtiges Parlament mit einem weiten Wahlrecht hatte. Russland wurde aufgrund seiner Rückständigkeit und Zarenherrschaft weithin verachtet.

Auch Frauen tauchen in den Revolutionsgeschichten nur selten auf – allenfalls auf der mühsamen Suche nach den Barrikadenkämpferinnen. Frauen haben in aller Regel friedlich gekämpft und auf Reformen gesetzt. Und vielleicht waren die vielfältigen, international vernetzten Frauenbewegungen sogar noch wichtiger als die Arbeiterbewegung.

Als nach dem Ersten Weltkrieg in vielen Staaten das Frauenwahlrecht eingeführt wurde, war das vor allem ein Resultat des jahrzehntelangen Kampfs der Frauen mit Petitionen, Protestmärschen, Flugblättern, Vereinsarbeit und langen Sitzungen. Die Bilder dieser Frauen sehen derart unspektakulär aus, dass man versteht, warum die Barrikadenkämpfer so viel einflussreicher in der Geschichtsschreibung wurden. Deutschland war dabei die erste Republik, in der das Frauenwahlrecht galt.

Die Demokratiegeschichte ist so viel ambivalenter als die Barrikadenherrlichkeit. Sie ist nicht zuletzt eine Geschichte von Eliten, von einem starken Staat, von Nation, von Frauen, von Reformen. Sie ist immer auch die Geschichte ihrer Einhegung: Die meisten Verfassungen sahen neben dem gewählten Parlament eine zweite Kammer vor, die oft nicht mit gleichem Stimmrecht besetzt wurde; das Repräsentationsprinzip ermöglichte die Macht des Volkes und hegte sie zugleich ein.

Demokratiegeschichte ist so stets auch eine Geschichte der Zumutungen an das Volk. Die Bevölkerung bestätigt in Partizipationsverfahren selbstverständlich die ihr aufgelegten Steuerlasten, sie musste sich dem Rechtsstaat und der demokratischen Ordnung bis in die privatesten Details unterwerfen: Impfpflichten, Enteignungen wie beim Lastenausgleichsgesetz, schließlich auch bei der Erziehung der Kinder und der Gestaltung des Ehelebens.

Vor allem in den neuen Verfassungen Europas nach 1945 zeigt sich die bezähmende Seite der Demokratie. Die

Verfassungsväter und -mütter der europäischen Nationalstaaten hatten aus dem Faschismus und Nationalsozialismus wesentlich die Lehre gezogen, das Volk auf Distanz zu halten. Elemente direkter Demokratie wurden abgeschwächt, der Rechtsstaat und Minderheitenrechte gestärkt, und die Menschenwürde wurde auch von den Vereinten Nationen festgeschrieben – sie alle dürfen von keiner Mehrheit ausgehebelt werden.

Es ist wenig erstaunlich, dass die Populisten – mit ihren Forderungen nach Basisdemokratie, ihrer Verachtung der Rechtsstaatlichkeit, dem Hass auf Parlamentsarbeit und der Ausgrenzung von Andersdenkenden – genau gegen diese liberale Ordnung zum Sturm aufrufen.

Und noch in einer weiteren Hinsicht ist die Geschichte der Demokratie ambivalent. Diese war nur mit der Industrialisierung und dem wachsenden Wohlstand aller möglich. Nach 1945 wurde das erneut deutlich. Die Marktwirtschaft bot in den demokratischen Ländern einen Wohlstand für alle, von dem die Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert nur träumen konnte. Aber von Anfang an trieb die Industrialisierung das Werk der Zerstörung voran: von Wäldern, Flüssen und Luft, von CO₂-Ausstoß und Vermüllung.

Und so wie die Zahl der Demokratien, der Wohlstand und die Industrie in der Mitte des 20. Jahrhunderts nach oben schnellten, so beschleunigten sich die Werte der Zerstörung, der Meeresversauerung, der Bodenversiegelung, der Waldzerstörung, der Müllberge, der Tierverschnittung und Tierquälerei.

Die Demokratie ist wohl auch deswegen in der Krise, weil nun – nach dem demokratischen Neubeginn in der Mitte des 20. Jahrhunderts – ihre Nebenkosten unabweisbar werden: Die schreckliche Energie des Nationalismus zeigt sich erneut im 21. Jahrhundert, und die Zerstörungskraft des Kapitalismus greift die Fundamente des Lebens an. Einfach abschaffen lassen sich die beiden Ismen, die so wichtig für die Demokratisierung waren, nicht, aber sie müssen wohl neu gedacht werden.

Das wird nicht ohne Zumutungen für die Bevölkerung gehen. Zumutungen müssen wieder möglich werden, wenn die Demokratien überleben wollen – sei es die Wehrpflicht oder eine Politik, die der Zerstörung der Ökologie und damit auch unserer Lebensgrundlage endlich ein Ende setzt.



Plakat für das Frauenwahlrecht: Gleichheit für alle